



TV-Tipp: Scheitert Europa an Flüchtlingsfrage?

☒ Anne Will und ihre Gäste machen sich heute Abend, angesichts des von der Kanzlerin ausgelösten Sturms auf unsere Grenzen, Sorgen um die „Solidarität in Europa“. Schon in der Ankündigung wird hyperventiliert: *Ungarn riegelt seine Grenze zu Serbien ab und die EU scheitert vorerst an dem Versuch, eine verbindliche Quote zur Verteilung der Flüchtlinge festzulegen. Und hat sich die Bundesregierung mit der Wiedereinführung von Grenzkontrollen nun gegen eine solidarische und humanitäre Flüchtlingspolitik entschieden? Ob jemand die Frage nach der Solidarität der Bundesregierung mit der deutsche Bevölkerung stellen wird? Es [diskutieren, jetzt um 22.45 in der ARD](#): Bundesinnenminister Thomas de Maizière, Jean Asselborn, Außenminister von Luxemburg, Heribert Prantl, Süddeutsche Zeitung, die grüne Katrin Göring-Eckardt und Zoltán Balog, Ungarischer Minister für Gesellschaftliche Ressourcen. **JETZT mit Video der Sendung!***



Deutschland muss wieder geteilt werden!



Gestern war auf PI zu lesen: [„Merkel, hau doch einfach ab!“](#). Nein, sie muss bleiben! Denn es gibt für das politische Irrenhaus Deutschlands, akut vom Asylwahnsinn

befallen, eine bessere Lösung: Deutschland muss wieder geteilt werden! Nur so ist ein Bürgerkrieg vermeidbar.

(Ein konstruktiver Plan in 15 Schritten von G. Andreas Kämmerer)

Der Rettungsplan Deutschlands sieht so aus:

Phase 1

Es wird eine neue Mauer gebaut, die Deutschland in Ost und West teilt. Die neue Mauer sollte so hoch sein, dass der geschickteste Affe nicht von West- nach Ostdeutschland flüchten kann, aber niedrig genug, dass die Ostdeutschen den Westdeutschen in Krisenzeiten Bananen über die Mauer werfen können.

Phase 2

Berlin muss inklusive aller ostdeutschen Multi-Kulti-Befürworter nach Westdeutschland umgesiedelt werden. Multikulturelle Integrationszentren wie Frankfurt, Köln und Hamburg zeigen sich solidarisch und nehmen die Multikulti-Facharbeiter als Vertriebene aus den Ostgebieten auf.

Phase 3

Alle Westbürger, die nachweislich nicht mit den multikulturellen, multikriminellen, werte- und kulturzerstörenden Volksfeinden kollaboriert haben, die nachweislich deutsche Werte und Kultur im Herzen und Denken vertreten, die nachweislich im Widerstand gegen den multikulturellen Staatsterror gearbeitet haben, bekommen einen offiziellen Ent-Multikulturalisierungs-Nachweis (EM-Nachweis) sowie eine Einreisegenehmigung nach Ostdeutschland.

Phase 4

Das separierte Ostdeutschland nimmt keine Asylanten auf, auch keine Westdeutschen, die um Asyl betteln.

Phase 5

Ostdeutschland wird in Hellddeutschland und Westdeutschland in Dunkeldeutschland umgetauft.

Phase 6

Die Amts- und Verkehrssprache des neuen Teils Deutschlands, des Hellddeutschlands, ist ausschließlich Deutsch. Wer Handel und Tausch mit Hellddeutschland betreiben will, wird zu seinem Vorteil gerne Deutsch lernen. Sächsisch wird als 1. Fremdsprache Kulturgut Hellddeutschlands.

Phase 7

Die DM wird für Hellddeutschland wieder Landeswährung.

Helld Deutschland wirtschaftet selbstständig. Ein Lastenstrukturausgleich von Hell nach Dunkel findet nicht statt.

Phase 8

Wahlen werden in Dunkeldeutschland abgeschafft. Frau Merkel muss zur Strafe bis an das Ende ihrer Tage das dunkeldeutsche Leben partizipierend genießen und als 1-Euro-Kraft den Rentner Schäuble über die bunten Straßen Dunkeldeutschlands schieben. Als Staatsfeind Nr. 1 darf sie die hellddeutsche Grenze niemals übertreten.

Phase 9

Gegenüber allen dunkeldeutschen Politikern ohne EM-Nachweis gilt der hellddeutsche Schießbefehl.

Phase 10

Da westdeutsche Immigranten niemals die Uhrzeit nach ostdeutscher Art verstehen lernen werden („Dreiviertel Ganz oder Viertel nach Halb – hä???“) und somit für den ostdeutschen Arbeitsmarkt unbrauchbar wären, wird jedem von ihnen ein geduldiger Integrations-Ost-Lotse zur Seite gestellt.

Phase 11

Die neue Mauer wird der Anti-Asylwahnsinn-Schutzwall genannt.

Phase 12

Alle ehemaligen Stasihandlanger der früheren DDR werden endlich qualifiziert auf dem hellddeutschen Arbeitsmarkt als Straßenfeger, Kloputzer und Geschirrspüler zwangsverpflichtet – denn mit Dreck verteilen, Scheiße schaufeln und dem Waschen der eigenen Hände (in Unschuld) haben sie umfangreiche Erfahrungen. Zur Adellung dürfen sie alle ein sichtbares Plaste-DDR-Logo tragen. Zur Freude ganz Hellddeutschlands ist

jeder Hellbürger gegenüber den Exspitzeln weisungsberechtigt.

Phase 13

Ostdeutschland wird als Retter Deutschlands in die Geschichtsbücher eingepflegt. Die Nationalhymne, die jeden Morgen in Hellddeutschland gesungen wird, wird um die Liedzeile „Hoch leben die Ostdeutschen als Retter Deutschlands“ ergänzt.

Phase 14

In der Zeit des wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Niedergangs zahlen die Hellddeutschen einen Dunkel-Soli an Dunkeldeutschland, bis die Lichter ganz ausgegangen sind.


Phase 15

Über eine Wiedereingliederung Dunkeldeutschlands in Hellddeutschland werden frühestens dann Verhandlungen aufgenommen, wenn der letzte werteferne, kulturfeindliche und rechtsfremde Ausländer das Land verlassen musste.

Gute Nacht Westdeutschland, hoch leben die Ostdeutschen!



Danke Ungarn!

 Aktuell haben gerade wieder „schwer traumatisierte Flüchtlinge“ an der serbisch-ungarischen Grenze einfach mit großen Steinen auf die ungarischen Grenztruppen [werfen müssen](#), denn es gibt doch ein Menschenrecht auf offene Grenzen und Sozialleistungen in jeder Höhe in jedem Staat Europas für jeden Verbrecher, der es bis hierher schafft. Oder nicht? Vermutlich wurde das hereindrängende Pack noch vom einheimischen linken Antifapack und der

Lügenpresse aufgestachelt. Wie kann Ungarn nur so frech sein und seine Grenzen dichtmachen? Mein Dank gilt Ungarn und Orbán, dass er seine Linie durchhält – im Gegensatz zu den regierenden Lumpen bei uns!

» [Livestream des](#) ungarischen Fernsehens



„Willkommenskultur“: Warum gerade Wessis?



Von den Politikern werden die Ossis gern als tumbe rechte Dorftrottel dargestellt, Wessis hingegen sind edel, hilfreich und gut. Um die Doofheit der Ossis zu erklären, wühlen jede Menge Schlaumeier in der DDR-Geschichte

herum und suchen nach Begründungen für das angebliche Tal der Ahnungslosen. Tatsächlich sollten sich diese Schlaumeier eher mit der Doofheit der Wessis beschäftigen, die wie Heil-Hitler seit Jahrzehnten einem Lügenstaat hinterherlaufen, der sie

beim Thema Ausländer immer nur belogen hat und weiter belügen wird. Diese unfassbare westdeutsche Doofheit ist nicht zu entschuldigen, sie ist allerdings aus der speziell westdeutschen Geschichte erklärbar.

(Von M. Sattler)

Warum sind so viele Wessis so doof, nicht zu begreifen, dass man sie an der Nase herumführt? Haben sie aus ihrer eigenen Geschichte nicht gelernt, dass ein Staat, der einst behauptet hat, die sogenannten „Gastarbeiter“ seien Gastarbeiter, ihnen einen Bären nach dem anderen aufgebunden hat? Haben sie trotz jahrzehntelanger Erfahrung immer noch nicht kapiert, dass „Asylanten“ gar keine Asylanten sind, sondern dass dieser Begriff nur ein Mittel zum Zweck ist, um das Land mit Leuten zu fluten? Haben sie irgendwie Schwierigkeiten mit der deutschen Sprache, um zu kapieren, dass der Staat beim Thema Ausländer immer nur lügt, lügt und nochmals lügt, dass dieser Staat kein einziges Versprechen zum Thema Ausländer jemals gehalten hat und dass die angeblich paradiesischen Zustände, die dieser Lügenstaat durch die Ansiedlung von Millionen Ausländern in Westdeutschland geschaffen hat, gar keine paradiesischen Zustände sind? Haben Wessis keine Augen im Kopf? Sind die Wessis alle gaga?

So einfach ist es natürlich nicht. Die surrealen Bilder jubelnder Wessis, die in München angesichts hunderttausender illegal einreisender Glücksritter aus aller Welt, unter denen sich vereinzelt ein echter Flüchtling findet, mit verzückten Augen „Willkommen!“ schreien, sind nur die eine Seite der Medaille. Wie jeder weiß, gibt es auch in Westdeutschland eine kritische Opposition gegen die verbrecherische Siedlungspolitik unserer Staatsführung. Aber sie scheint in der breiten Masse überdeckt zu werden von hysterischen Traumtänzern, die bei jedem illegal zugereisten Afrikaner eine Art politischen Orgasmus erleben. Diese „typisch westdeutsche“ Irrationalität beim Thema Ausländer ist für Ossis schwer nachvollziehbar. Sie ist allerdings historisch erklärbar.

Es gibt zwei wesentliche Unterschiede in der historischen Erfahrung der West- und Ostdeutschen.

Erstens: Die Osis haben einen Staat erlebt, der nie eine politische Legitimation besaß. Die meisten Osis haben diesen Staat daher immer innerlich verabscheut. Man hat sich mit dem Staat arrangiert, aber man hat sich nicht mit ihm identifiziert. Und man hat erlebt, dass die staatliche Macht auch gefährlich sein kann. Diese kritische Distanz zur politischen Klasse hat sich in der ehemaligen DDR bis heute erhalten. Die Wesis hingegen haben ihre Staatsführung frei gewählt, sie waren immer in die politische Entwicklung eingebunden. Dadurch haben sie sich mit dem Staat nicht nur arrangiert, sondern auch identifiziert. Wesis sprechen von „unseren“ Politikern, der Staat sind „wir“. Den Westdeutschen fällt es daher deutlich schwerer, den Staat als einen Machtapparat zu begreifen, der seine Macht grundsätzlich auf sehr verschiedene, auch bösartige Weise ausüben kann.

Zweitens: Die Wesis haben 1968 eine stark maoistisch beeinflusste Revolution erlebt, die damals, inspiriert von der rotchinesischen Kulturrevolution Mao Tse Tungs (1966), die ganze westliche Welt erfasst hatte. Diese speziell maoistischen, das heißt: selbstzerstörerischen, autoaggressiven Einflüsse auf die 68er werden heute gern unter den Tisch gekehrt. Tatsächlich aber hat Maos Ideologie einer „Kulturrevolution“ in Bildung und Gesellschaft, also einer Zerschlagung der „alten“ bürgerlichen Kultur und darüber hinaus jeder zivilisierten Ordnung, die 68er ganz entscheidend geprägt. Der sich aus dieser Ideologie ergebende kulturrevolutionäre Hass auf alles Eigene, Zivilisierte und damit einhergehend die Verherrlichung alles Fremden, Rohen, Unzivilisierten, prägt die Partei der Grünen als tonangebende Partei Westdeutschlands bis heute. In der marxistisch-leninistischen DDR hingegen wurde der kulturrevolutionäre Maoismus der 60er Jahre massiv unterdrückt. Die DDR blieb daher trotz aller Repression bis zuletzt ein im Inneren

verhältnismäßig geordneter Staat mit funktionierenden Schulen, guten Universitäten, einem hohen Maß an innerer Sicherheit und teilweise sehr hoher Wertschätzung für klassisch-bürgerliche Ausdrucksformen.

Die heutige Tragik der Wessis, ihr hysterisches Gejauchze nach „noch mehr Ausländern!“ spiegelt diese besondere historische Vorprägung wider. Viele Wessis haben den Wunsch verinnerlicht, sich mit dem Staat zu identifizieren. Sie sind in der breiten Masse weitgehend unfähig, sich vorzustellen, dass „ihr“ Staat sie tatsächlich belügen, dass er aus machtpolitischem Eigeninteresse böse handeln kann. Sie sind daher besonders anfällig für Propaganda und glauben alles, was ihnen die Politführung erzählt. Wenn ihr Staatspräsident die „Bunte Republik Deutschland!“ propagiert, laufen sie hinterher wie die Schafe, ohne sich zu fragen, was denn diese propagierte „Bunte Republik“ für sie persönlich im Endergebnis bedeuten könnte: Heil-Hitler lässt grüßen.

Gleichzeitig zu einer so unkritischen Identifikation mit dem Staat wurden sie nun schon in der zweiten Generation im Sinne einer kulturevolutionären, autoaggressiven Ideologie dazu erzogen, seit Kindesbeinen alles Eigene, Konstruktive, Bürgerliche und Zivilisierte „kritisch“ zu sehen und stattdessen Verständnis zu entwickeln für alles Fremde, Antibürgerliche, Barbarische. Insgesamt also eine üble, gefährliche Melange aus blinder Staatsgläubigkeit und autoaggressivem, antizivilisatorischem Zerstörungswillen, den die Wessis mit der für sie nicht untypischen Neigung zu Eitelkeit und Selbstlob bizarrerweise als „vorbildlich“ und „fortschrittlich“ begreifen.

Der auf viele Ossis fast psychopathisch wirkende Jubel der Wessis angesichts der Hunderttausenden von angeblichen „Flüchtlingen“, von denen die allermeisten ganz offenkundig gar keine Flüchtlinge sind, ist daher nur vordergründig ein echtes „Willkommen“ dieser illegal nach Deutschland eindringenden Personen. Vielmehr bestärken sich die Wessis in

ihrem Jubel nur gegenseitig in ihrem gemeinsamen Glauben an ihren angeblich „guten Staat“, der sie als Gegenleistung gern in ihrem eitlen Irrglauben bestärkt, sie würden den Lehren der 68er Ideologie einen vermeintlich höherwertigen Erkenntnishorizont verdanken. In ihrer Bejubelung der sogenannten „Flüchtlinge“ bejubeln die Wessis daher vor allem sich selbst.



Stolperflüchtling ein Al-Nusra-Front-Terrorist?



Manch einer erinnert sich vielleicht noch an den syrischen „Flüchtling“, dem in Ungarn von einer Kamerafrau ein Bein gestellt wurde, sodass dieser mit seinem Sohn auf dem Arm zu Boden stolperte. Die Kamerafrau, Petra László, verlor darauf ihren

Arbeitsplatz, und der „Flüchtling“, Osama al-Abdelmohsen, schaffte es [zur Begeisterung unserer Medien](#) ins schöne Berlin (ohne seine Frau, versteht sich). Er sei in seiner Heimat Syrien ein beliebter Fußballtrainer gewesen, konnte man der Presse entnehmen. Was man aber nicht lesen konnte: Osama al-Abdelmohsen zeigte bis vor kurzem auf seiner Facebook-Seite die Flagge der islamischen Terrorvereinigung Al-Nusra-Front.

Dies berichtet [THEREBEL.media](#) in nachfolgendem Video:



München: Asylanten betrügen Flüchtlinge



Die Bundespolizei berichtet von skrupellosen Betrügern am Münchner Hauptbahnhof. Landsleute, alles Asylbewerber,

zocken die neuen Flüchtlinge ab. Ein Fall: Ein 30-jähriger Syrer hat für sich, seine Frau und drei Kinder Fahrscheine von München nach Hamburg gekauft und dafür 710 Euro hingelegt. Die böse Überraschung folgte zugleich: Die Fahrscheine waren

absolut wertlos, es handelte sich dabei um Fahrplanauskünfte... (Und dies ist kein Einzelfall, wie der [Münchner Merkur berichtet](#). Die BR-Lügendlotze berichtet auch, ‚vergisst‘ aber, dass es sich bei den Betrügern um Asylanten handelt!)

Fußball-Bundesliga wirbt für „Refugees“



Am kommenden Spieltag sollen alle Fußballprofis der 36 Mannschaften von erster und zweiter Bundesliga in sozialistischer Einigkeit mit dem aktuellen [Umvolkungslogan „Refugees Welcome“](#) auflaufen. Auf dem linken Trikotärmel werden dann die Bundesligavereine in Kooperation mit dem Werbepartner Hermes und BILD Propaganda für sog. „Flüchtlinge“ machen. Ein alternativloses „WIR HELFEN“ steht in großen Buchstaben und für die Kameras gut sichtbar auf einem Stoffbutton.

Nur könnte es diesmal sein, dass einige Mannschaften an diesem Wochenende nicht mit dabei sein werden. Und das alles deshalb, weil seit Monaten von der Kanzlerin und einem Heer von Gutmenschen aus Politik und Kirchen, wegen besagtem Ruf in alle Welt, Deutschland an seiner Willkommens(un)kultur so

langsam aber sicher zu ersticken droht. Eines der nächsten Opfer könnte tatsächlich die Bundesliga selbst sein.

Infolge des Aufbietens aller und damit auch letzter Kräfte aller verfügbaren Bundespolizei- und vieler Landespolizeieinheiten an der Bayerischen Grenze zu Österreich, wurde jetzt bekannt gegeben:

„Notfalls müssen auch Bundesliga-Fußballspiele abgesagt oder verschoben werden“, sagte der Vorsitzende der Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt. Die Einsatzkräfte seien völlig erschöpft. Weiter führte er aus: „Das Elend und die schrecklichen Geschichten der Flüchtlinge nimmt sie stark mit. Wir fahren die Bundespolizei gerade auf Verschleiß.“

Ob den Verantwortlichen der Bundesliga bewusst ist, dass sie sich mit dem Anstoßen einer neuerlichen Jubelarie auf Flüchtlinge gerade selbst ein Eigentor schießen? Mit jedem weiteren Asylforderer, der die Grenzen Deutschlands überschreitet, wird es wahrscheinlicher, dass auch die Bundesliga ihre Spiele nicht mehr ausrichten kann, weil die zur Spielsicherung benötigten Polizeikräfte für eben jene auf den Trikots Beworbenen benötigt werden.

Dieser Wahnsinn steht beispielhaft für das, was sich in Deutschland an leider noch zu vielen Orten abspielt: Blinder und gegen das eigene Land und Volk gerichteter Aktionismus! Was wir jetzt brauchen ist ein Austausch der Eliten. In der Folge werden zudem die Sportfunktionäre genau das tun, was sie immer schon getan haben: Ihre Fähnchen in den Wind hängen und folgen.

UPDATE: Wie die [BILD aktuell berichtet](#), wird der FC St. Pauli nicht an der Aktion teilnehmen. Anscheinend ist dem Kiez-Club, der für seine linksradikalen Krawallfans bekannt ist, BILD als Schirmherr der „Flüchtlingshilfe“ immer noch zu „Rechts“. Der

Verein verweist darauf, dass er für „Flüchtlinge“ eigene Projekte verfolge.



Hamburg: Gender-Gaga in der Bürgerschaft



Man sollte doch wirklich davon ausgehen, dass Senat und Bürgerschaft der Millionenstadt Hamburg, die mit vielfältigen Problemen in den Bereichen

Infrastruktur, Bauvorhaben, Bildung, neuerdings auch der Unterbringung Tausender Illegaler und vielem mehr zu kämpfen hat, sich mit zur Problemlösung dienlichen Sachthemen befassen. Damit scheinen die rot-grünen Senator_Innen jedoch nicht ausgelastet zu sein, so dass noch Zeit bleibt für die Beschäftigung mit einem ihrer Lieblingsthemen, dem Gender-Wahnsinn. Und um diesem Thema nicht ganz allein frönen zu müssen, lädt man sich eine Delegation aus Hamburgs Partnerstadt Shanghai zu einem Senatsempfang unter dem Motto „Gender-Mainstreaming“ ein.

(Von Hinnerk Grote)

So geschehen am 20.8.2015. An diesem Tag besuchten Vertreterinnen des chinesischen Frauenverbandes unter Führung von Frau Li Rong, Vizevorsitzende des Verbandes in Shanghai, das Hamburger Rathaus. In diesem Verband ist jede chinesische Frau qua Geburt Mitglied, es werden also wohl fast 700 Millionen Mitglieder sein. Eine interessante Idee, die sicher vermeidet, Ressourcen auf die Mitgliederaquise zu verschwenden. Die hamburgische Delegation wurde laut Information der Bürgerschaftskanzlei geleitet von „Bürgerschaftsvizepräsidentin“ (sic!) Dr. Wieland Schinnenburg (Foto oben 4.v.r.) von der FDP. Auf deutscher Seite ebenfalls an diesem Empfang teilgenommen hat als Vertreter der AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft Dr. Ludwig Flocken (Foto oben r.), der über die Zusammenkunft auf der Internetseite der AfD-Fraktion berichtete. Da sein Beitrag jedoch inzwischen gelöscht wurde (zu den Gründen dafür später), zitieren wir aus dem uns vorliegenden Entwurf:

Es wurden zunächst Prozentangaben zum Anteil der Frauen in Parlamenten und Regierungen im Verlauf der letzten Jahrzehnte ausgetauscht. Die Entwicklung dieser Zahlen in Hamburg und Shanghai ist überraschend ähnlich. Es wurde festgestellt: Je höher die Ämter, desto geringer der Frauenanteil. Auch in der Wirtschaft und Wissenschaft beider Länder sind die Frauen im Mittelbau gut aufgestellt, an der Spitze weniger gut, wobei es starke Unterschiede zwischen den einzelnen Fächern gibt. Auch der Vorsprung der Mädchen in den Schulabschlüssen unterscheidet Deutschland und China nicht. Über die Ursachen wird gerade geforscht; die Ergebnisse deuten darauf hin, daß die Jungs mit den chinesischen Schriftzeichen deshalb nicht so gut zurechtkommen, weil man ihnen das einredet. Umgekehrt (aber weniger deutlich) ist es mit den Mädchen in den naturwissenschaftlichen Fächern. Auch in China gibt es keine Programme, einen jugengerechten Lese- und Schreibunterricht zu entwickeln. Man hat sich gegenseitig vergewissert, daß die

rechtliche Gleichstellung längst erreicht ist, wobei peinlich darauf geachtet wurde, das Wort Gleichberechtigung zu vermeiden. Leider gebe es immer noch reaktionäre (ich habe eingeworfen: konterrevolutionäre) Einstellungen im Volk, die den Mann als Familienernährer und die Frau als Mutter sähen. Mit der möglichst frühen staatlichen Betreuung der Kinder arbeite man aber daran, dies zu ändern.

Insgesamt also verblüffende Ähnlichkeiten in Anbetracht so großer Unterschiede in Gesellschaftsform, Kultur und Geschichte.

Letztlich haben sich die deutschen Teilnehmer dennoch als gendermäßig ideologiefester erwiesen: Die Vertreterin der SPD hat die Idee, daß es biologische anstatt kulturelle Gründe für die Parallelen geben könne, entrüstet zurückgewiesen.

*Li Rong dagegen spielte die geniale Fähigkeit der Chinesen aus, das Wichtigste möglichst unauffällig in einem Nebensatz unterzubringen: Man arbeite an der vollständigen Gleichstellung in allen Bereichen der Gesellschaft, in Bildung, Wissenschaft, Wirtschaft, Politik ... **unter Berücksichtigung der Unterschiede zwischen Frau und Mann.***

Allein dies, die Erkenntnis, dass in Deutschland die kommunistische Gleichmacherei offenbar schon deutlich weiter vorangeschritten ist als im kommunistischen China, sollte uns zu denken geben. Doch wie weit der Ungeist des Gender-Irrsinns bei uns schon fortgeschritten ist und alle politischen Parteien ergriffen hat, sollte sich erst später zeigen.

Nur eine – sicher nicht ganz unbeabsichtigte – Kleinigkeit führte zum Eklat in der Hamburgischen Bürgerschaft:

Auf dem obligatorischen Gruppenfoto im Anschluss an den Empfang hatte sich Dr. Flocken so aufgestellt, dass der Rücken des Buches von Birgit Kelle mit dem Titel „Gender Gaga“ unaufdringlich, aber deutlich zu sehen war.



Ganz offenbar auf Betreiben der Bürgerschaftspräsidentin Carola Veit (SPD) und weiterer Abgeordneter beschäftigte sich nun der Ältestenrat, bestehend aus den Vizepräsidenten, den Fraktionsvorsitzenden und den Fraktionsgeschäftsführern, mit diesem „Skandal“. Nun gut, aus der rot-grünen Ecke war das kaum anders zu erwarten.

Doch dass nun der Vorsitzende der AfD-Fraktion, Prof. Dr. Jörn Kruse, der im Übrigen zu den Erstunterzeichnern von Bernd Luckes „Weckruf“ gehörte, in einer PI vorliegenden E-Mail Dr. Flocken mitteilt, dass er sich im Namen der Fraktion für dessen Verhalten entschuldigt habe und ihn auffordert, sich ebenfalls bei Frau Veit zu entschuldigen und gleichzeitig den Ausschluss aus der Fraktion androht, das schlägt dem Fass den Boden aus:

... dass [...] Dein Verhalten beim Besuch der chinesischen Frauen-Delegation von Frau Veit und nachfolgend von zahlreichen Teilnehmern heftig kritisiert wurde. Dabei geht es um das Buch und dass Du es in die Kamera gehalten hast und dass Du darauf offenbar auch noch stolz bist, wie Dein Web-Artikel zeigte. Du habest einen offiziellen Bürgerschafts-Termin missbraucht.

Ich habe mich im Namen der AfD-Fraktion für Dein Verhalten entschuldigt, was aber nicht als ausreichend empfunden wurde. Ich habe zugesagt, dass Dein Web-Artikel entfernt wird, was inzwischen erfolgt ist.[...]

Eine Entschuldigung bei Frau Veit wäre angezeigt.[...]

Dieser Vorfall und zwei Vorfälle vor wenigen Tagen sind von einzelnen Fraktionsmitgliedern zum Anlass genommen worden, einen Antrag in Erwägung zu ziehen, Dich aus der Fraktion auszuschließen. [...]

Wer solche Parteifreunde hat, die sich stramm dem rot-grünen Mainstream beugen, bei jedem Konflikt mit den Vertretern der Genderideologie einknicken und eine kontroverse Auseinandersetzung scheuen, der braucht keine Feinde mehr. Doch was soll man von jemandem erwarten, der nach dem Afd-Bundesparteitag in Essen in einem [Interview mit der „WELT“](#) verkündete:

Auf dem Bundesparteitag ist eins ganz deutlich geworden: Die Partei ist deutlich nach rechts gerückt. Das hat sich an den Äußerungen der Personen gezeigt, die gewählt worden sind, aber auch an den Reaktionen auf diese Äußerungen im Publikum. Die Partei ist eine Rechtspartei geworden, zu der ich nicht mehr gehören möchte.

Nichts. Er schwimmt mit im Strom, setzt keine Impulse, ist nicht in der Lage, die Fraktion zu führen – und kassiert dafür die dreifachen Abgeordnetendiäten (ca. 8.700 € mtl.). Da will man natürlich nirgends anecken, hat man sich doch gerade erst recht gemütlich eingerichtet.

Der bevorstehende Landesparteitag am 3./4. Oktober wird zeigen, dass es in der Hamburger AfD für Kruses Positionen keine Mehrheiten gibt, dass es sie ohne den Druck von „oben“ nie gegeben hätte, und dass das relativ schlechte Ergebnis bei der Bürgerschaftswahl nur auf den Kurs des Spitzenkandidaten zurückzuführen ist. Zu wünschen wäre dann allerdings auch, dass Kruse und seine Kofferträger nicht nur aus der AfD austreten, sondern auch ihre Mandate, die sie nur durch die unermüdliche Arbeit anderer Kandidaten und vieler Unterstützer erlangt haben, zurückgeben.

Doch das ist eine Frage der Ehre. Und die ist im politischen Raum eher selten anzutreffen.

(Fotos: Daniel Posselt)



Pegida-Partei contra AfD? Unaufgeregte Überlegungen zu einem vermeidbaren Konflikt



Die Ankündigung auf der Dresdner Kundgebung der Pegida-Bewegung am 14. September, selbst eine Partei gründen zu wollen, hat im nationalkonservativen und

freiheitlichen Lager [bereits für viel Aufregung gesorgt](#). Denn die Situation in Deutschland ist eigentlich ganz und gar nicht geeignet für interne Rivalitäten einer insgesamt noch immer schwachen Oppositionsbewegung. Deshalb ist auch zu verstehen, dass die Ankündigung von Lutz Bachmann vielfach auf entschiedene Ablehnung gestoßen ist. Und wer das Vorgehen der

Pegida-Führung nicht von vornherein für tendenziell spalterisch wegen der Existenz der von Lucke befreiten AfD hält, ist doch zumindest besorgt, dass sich zwei Parteien gegenseitig die Wähler und damit auch die politische Wirkung wegnehmen könnten. Diese Sorge ist selbstverständlich begründet.

(Von Andreas Fichte)

Es kommt nun sowohl für die AfD als auch für Pegida darauf an, eine unselige, nur dem gemeinsamen Feind dienende Fehlentwicklung zu verhindern. Das wird aber nur dann Erfolg haben, wenn sich beide Seiten über ihre Stärken und Schwächen im Klaren sind. Diese Ehrlichkeit sind sie den immer zahlreicher werdenden Menschen in Deutschland schuldig, die verzweifelt nach einem politischen Ausweg aus dem faktischen Asyl-Staatstreik der herrschenden Nomenklatura suchen.

Pegida sollte deshalb nicht verkennen, wie wenig die Dresdner Situation übertragbar ist auf das gesamte Land. Daran hat auch der Invasions-Schock der letzten Wochen nichts Wesentliches geändert. Der Aufbau einer Partei, die in ganz Deutschland tätig sein soll, ist eine Aufgabe, die viele jener Energien verzehren wird, die bislang in Dresden und auch ansatzweise an einigen anderen Orten positive Resultate, nämlich die Etablierung einer weltweit beachteten Volksbewegung, gezeitigt haben.

Parteien haben die ebenso unschöne wie unvermeidliche Eigenschaft der politischen Verengung. Diese Erfahrung wird auch einer möglichen Pegida-Partei nicht erspart bleiben. Wenn Pegida-Kundgebungen zu Parteiveranstaltungen werden, wird der Kreis der Teilnehmer mit Sicherheit signifikant schrumpfen. Und selbstverständlich wird eine Pegida-Partei große Schwierigkeiten haben, in den westdeutschen (Noch)-Wohlstandszonen vernünftiges Personal zu finden. Denn das ist dort meist schon in der AfD oder anderen Organisationen wie PRO oder „Bürger in Wut“ organisiert.

Deshalb besteht die Gefahr, dass in diesen Regionen zu viele gesellschaftliche und politische Außenseiter und Extremisten zu der Pegida-Partei stoßen, die dieser nicht gut tun werden. Allerdings kann eine solche Partei wohl auch besser soziale Schichten ansprechen und aktivieren, die gerade von den absehbaren Folgen der Asylinvasion besonders betroffen sein werden oder bereits sind.

Die AfD hat dramatische Wochen und Monate hinter sich, den Lucke-Henkel-Flügel ist sie los. Das hat Kraft, Zeit und viel Energie gekostet. Vielerorts sind ganze lokale Verbände zusammengebrochen oder stark dezimiert worden. Eine gewisse Erschöpfung der Partei ist verständlich und erkennbar. Doch die Zeiten erlauben keine Ruhepause, im Gegenteil. Die AfD muss sich bewegen, ihre Mitglieder und Freunde müssen auf den Straßen präsent sein, sich zeigen, Kampfbereitschaft demonstrieren. Der Hinweis, von den Medien quasi totgeschwiegen zu werden, ist richtig. Doch welche Medien es in Deutschland gibt, haben die letzten Wochen hinreichend klar gemacht. Darauf dürfen keine Hoffnungen mehr ruhen.

Die AfD vermittelt zu sehr den Eindruck, dass weiter fleißig an Struktur und Programm gearbeitet wird, was ja auch nicht falsch ist, aber so gut wie keinerlei Außenwirkung hat. Und die Partei macht nicht den Eindruck, schon begriffen zu haben, wo ihr Potential liegt, nämlich nicht in den Kreisen der oberen Mittelschicht, materiell gesicherter Pensionäre und akademisch Gebildeter, sondern im sogenannten „Kleinbürgertum“, Handwerkern, Arbeitern und Teilen des Prekariats. Nie war es einfacher als jetzt, gerade diese gesellschaftlichen Schichten anzusprechen und zu gewinnen mit dem leicht belegbaren Hinweis, welche unsozialen Konsequenzen die Asylinvasion speziell für diese Bevölkerungsgruppe haben wird.

Es ist nachvollziehbar, dass Personen wie Frauke Petry und Alexander Gauland gewisse Berührungsschwierigkeiten mit Lutz Bachmann oder Tatjana Festerling haben – und umgekehrt. Doch

der nationale Notstand, nichts anderes haben wir in Deutschland, gebietet Vernunft, verbunden mit selbstkritischer Einschätzung der eigenen Grenzen. Am Ende kann durchaus die Erkenntnis stehen, besser und erfolgreicher getrennt zu marschieren. Doch Pegida-Partei gegen AfD, also offene Rivalität und Feindschaft: Das kann sich niemand mit patriotischem Anspruch leisten.

Damit dem Verfasser der Vorwurf erspart bleibt, keinen konkreten Vorschlag gemacht zu haben: Es gibt anlässlich der groß geplanten Feierlichkeiten zum 25. Jahrestag der Deutschen Einheit im zentral gelegenen Frankfurt am Main die hervorragende Gelegenheit zu einer deutschlandweit mobilisierten Großdemonstration gegen die Asylinvasion und die damit verbundenen Rechtsbrüche und negativen sozialen Folgen. Zu dieser Demonstration sollten alle nichtextremistischen konservativen, rechtsdemokratischen und freiheitlichen Organisationen und Persönlichkeiten aufrufen – also auch die AfD und Pegida!

Nichts könnte der neuen außerparlamentarischen Bewegung mehr Auftrieb geben als diese Veranstaltung, die parallel zu den verlogenen Festlichkeiten mit allen hohen Repräsentanten des Staates stattfinden würde. Maximale öffentliche Aufmerksamkeit wäre garantiert, erst recht bei vielen kleinen kreativen Aktionen neben der Großveranstaltung. Frankfurt ist am 3. Oktober einen Besuch des Volkes wert!

Moslem-Petition **will**
Oktoberfest verbieten



Das Oktoberfest hat alles, was Mohammedaner hassen: Alkohol, Schweinefleisch, leicht bekleidete Frauen, Musik, Vergnügen, Ausgelassenheit, Flirten und manchmal auch etwas mehr. Daher war es nur eine Frage der Zeit, wann so etwas kommen musste: Der niederländische Moslem Morad Almuradi (*Foto oben*) hat ausgerechnet am 11. September (!) auf change.org eine Petition gestartet, in der er von der Stadt München die Abschaffung des „anti-islamischen“ Oktoberfestes fordert. Was heute noch lächerlich klingt, kann morgen im Zuge der rasant fortschreitenden Islamisierung schon Realität werden. Ganz ernsthaft wird übrigens schon die dauerhafte Nutzung der Oktoberfestzelte nach der Wiesen für „Flüchtlinge“ erwogen.

(Von Michael Stürzenberger)

Hier der Text der Petition:

Lieber Stadtrat von München,

ich schreibe diesen Brief, um Ihre Aufmerksamkeit auf etwas zu richten, was ich und viele Muslime als unfair ansehen und Aufmerksamkeit erfordert. Ich möchte Ihnen mitteilen, dass das Oktoberfest eine intolerante und anti-islamische Veranstaltung ist. Wir haben versucht, das Ereignis zu ignorieren, aber es gibt zu viele unislamische Handlungen auf dem Oktoberfest wie Alkoholkonsum, öffentliche Nacktheit usw.

Wir verstehen, dass das Oktoberfest eine jährliche deutsche Tradition ist, aber wir, die Muslime, können dieses unislamische Ereignis nicht tolerieren, weil es uns und alle Muslime auf der Erde beleidigt. Wir fordern die sofortige Aufhebung der kommenden Oktoberfest-Veranstaltung.

Wir glauben auch, dass das Oktoberfest alle muslimischen Flüchtlinge aus Syrien, Afghanistan und dem Irak beleidigen könnte.

Die Abschaffung des Oktoberfests wird Flüchtlingen helfen, ihre islamische Herkunft nicht zu vergessen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit in dieser Angelegenheit.

Morad Almuradi

Diese Petition hat [bisher 306 Unterzeichner](#). Wir wundern uns ohnehin schon, dass die rotschwarze Münchner Stadtführung so unsensibel ist, das Oktoberfest in diesem Jahr angesichts der vielen armen, ausgezehrten, vor Krieg und Elend Geflüchteten überhaupt stattfinden zu lassen. Wie kann der zutiefst betroffene und mitfühlende deutsche GutBesserMensch da einfach so ausgelassen feiern bei all diesen ausgemergelten Notleidenden?

Unterdessen berichtet der Münchner Merkur, dass die Regierung von Oberbayern in zwei Wochen über die dauerhafte Nutzung der Zelte für „Flüchtlinge“ [entscheiden wolle](#):

Sprecherin Simone Hilgers erklärte der Abendzeitung: „Darüber werden wir in zwei Wochen je nach Lage entscheiden.“ Es ist also noch offen, ob nach dem Oktoberfest Flüchtlinge in den Wiesn-Zelten untergebracht werden oder nicht. Hilgers fügte jedoch hinzu, dass man grundsätzlich eher auf Festbauten setze.

Wenn in zwei Wochen weitere zehntausende mohammedanische

Invasoren die bayerische Landeshauptstadt geflutet haben, wird man über jedes Wiesenzelt dankbar sein, was befüllt werden kann. Und wie lange solche ausgelassenen Bierfeste und andere „anti-islamischen“ Veranstaltungen überhaupt noch stattfinden können, hängt nur von dem Prozentsatz der Moslems in unserer Gesellschaft ab. Ab 10% werden der Druck und die Erpressungsversuche zunehmen, ab 20% dürften sie mit systematischen Anschlägen zur Einschüchterung der Bevölkerung begleitet werden und ab Erreichen der Mehrheit ist es mit Haram-Ereignissen endgültig vorbei. Dank Merkel & Co, die die Invasoren mit unverantwortlichen Anreizen massenhaft ins Land gelockt und den Islam in geradezu suizidärer Weise als zu Deutschland gehörig bezeichnet haben. In den Geschichtsbüchern wird einmal stehen:

„Denn sie wussten nicht, was sie tun“

In Osteuropa, wo die Menschen nicht absolut toleranzbesoffen und von „Willkommenskultur“ verseucht sind, haben sie die Geschichte der islamischen Unterdrückungsherrschaft keineswegs wie bei uns in einer kollektiven Amnesie vergessen. Dort fragt man sich ganz offen, ob die Deutschen noch zurechnungsfähig sind, wenn sie ihre eigenen Abschaffer auch noch einladen und mit herzlicher Gastfreundschaft begrüßen.

Deutschland ist im Jahr 2015 ein komplettes Irrenhaus geworden. Bis auf diejenigen, die bereit sind, Widerstand zu leisten. In diesem Herbst werden es hoffentlich mehr, die den Mut haben, aus ihrer bürgerlichen Volldeckung herauszugehen und auf der Straße zu protestieren. Jeder Einzelne wird später einmal gefragt werden:

„Warum hast Du nichts getan?“

Wir hier und alle auf der Straße brauchen uns von der nachfolgenden Generation diese unangenehme Frage nicht anhören. Wir tun was.

Warschau: Fußballfans gegen Islamisierung



Polen hat etwas, das wir nicht hatten und haben: Über den Osmanen-Besieger [Sobieski](#) [haben wir des Öfteren berichtet](#). Die polnische Regierung hat bekanntlich gesagt, dass sie nur

christliche Flüchtlinge aufnehmen will. Und nun hat ein ganzes Stadion in Polen voller Fußball- und Patrioten-Fans lautstark und mit großen Spruchbändern eindrucksvoll gegen den islamischen Einwanderungs-Dschihad protestiert und ihren Sobieski „gefeiert“.

(Von Alster)

Der Fußballklub Legia Warschau spielte zuhause gegen Zagłębie Lubin, und sämtliche Fans zeigten mehrere islamisch-kritische Banner. Darunter „Stop Hijra! Cala Legia glosno krzyczy, Nie dla tej islamskiej dziczy“ – was soviel heißt wie „Stopp die islamische Dschihad-Einwanderung! Wir Legia stehen zusammen: Nein zur islamischen Wüste.“ Der Fußballklub spielt übrigens am Donnerstag in der Europa League gegen den dänischen Verein FC Midtjylland.

Das ist in unseren Stadien unvorstellbar, dort wird der „Respekt-Kult“ betrieben und unser vieldekoriertes

Nationaltrainer (wird bestimmt bald in Refugee-Trainer umbenannt) Joachim Löw hat gerade sein Preisgeld für die Auszeichnung „Goldene Sportpyramide“ zur Unterstützung der Flüchtlingsstiftung von Til Schweiger gespendet.

„Löw steht für Teamgeist, für Integration, das Thema Respekt und gegen Rassismus, er ist ein hervorragender Botschafter für die ganze Nation. Für das Bild Deutschlands im Ausland.“

Und das nutzte Jogi Löw, um ein [flammendes Plädoyer für Hilfsbereitschaft](#) gegenüber Flüchtlingen zu halten:

„Lassen Sie uns denen, die zu uns kommen, mit dem notwendigen Respekt und ohne Vorurteile begegnen. 2006 beim Sommermärchen haben wir Fans aus der ganzen Welt willkommen geheißen und uns als sehr offenes und gastfreundliches Land präsentiert. Jetzt sollte im Land des Weltmeisters auch die Willkommenskultur weltmeisterlich sein.“

Tosender Applaus der 600 geladenen Gäste.

Sommermärchen 2015? ..Wird es ein neues europäisches Asylrecht zur Bändigung der osteuropäischen Nationalstaaten geben – und wann? Denn mit der vorübergehenden Aufhebung des Schengener Abkommens (über die Aufhebung der Grenzkontrollen) stellt Deutschland nicht die Idee eines offenen nicht ganz dichten Europas in Frage, es gewährt sich lediglich eine Atempause.

Die raffinierte Kanzlerin wird das dann als ihren Erfolg verkaufen, der mit dem 13. September, dem kurzen Grenzkontrollen-Manöver begann.

Liebe Fußball- und Freiheitsfreunde, schaut auf diese Polen und schließt Euch an, damit wir auch in Zukunft Fußball in den Stadien sehen können.

Hier ist noch ein Video, in dem das polnische EU-Parlamentsmitglied Janusz Korwin-Mikke ein paar Wahrheiten

über die muslimische Immigration und EU-Politik sagt. Es lohnt sich, die Gesichter einiger weiblicher Zuhörer, die im Anschluss gezeigt werden, anzuschauen. Eine davon ist unsere Antifantin Ska Keller von den Grünen: